

Begründung:

Mit dem Kinderschutzbund Emden e.V. wurde die Leistungsvereinbarung für das Projekt „Stärkung der elterlichen Verantwortung an Grundschulen – Elterncafé“ befristet auf zwei Jahre vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2010 geschlossen. Es wird daher ein Zuschuss in Höhe von 40.000 € jährlich gezahlt.

Die Vereinbarung regelt, dass seitens des Kinderschutzbundes in Form von „Elterncafès“ Leistungen erbracht werden, die ein offenes und niedrigschwelliges Beratungsangebot zur Unterstützung und zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Grundschulleitern schaffen. Durch den Zuschuss werden anteilig Personalkosten und Sachkosten im Zusammenhang mit dem Elterncafé finanziert. Über die Verwendung des Zuschusses ist regelmäßig einmal im Jahr ein Nachweis zu führen und vorzulegen.

Wie bereits im JHA vorgestellt, werden seitens des Kinderschutzbundes die Elterncafès an der GS Westerburg, der GS Nesserland sowie des GS in Larrelt betreut.

Im Rahmen der in dieser Vereinbarung vorgesehenen Evaluation wurde einerseits der aktuelle Sachstand mit den beteiligten Fachkräften und Dienststellen diskutiert und andererseits die in den letzten Jahren eingetretenen Änderungen im Umfeld insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung anderer Projekte analysiert (u. a. NIKO, Gesundes Frühstück, Elterntreffs der AWO mit den Standorten GS Emsschule und Grüner Weg).

Als ein Ergebnis dieses Evaluationsprozesses wird festgestellt, dass vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen die Vereinbarung grds. zu verlängern ist. Darüber hinaus ist es jedoch auch sinnvoll, die einzelnen Projekte der Arbeiterwohlfahrt und des Kinderschutzbundes enger zu verknüpfen und damit sicherzustellen, dass die Projekte von einander profitieren und noch besser aufeinander abgestimmt sind. Dazu wurde verabredet, dass die Fachkräfte der beteiligten Institutionen konkret im Hinblick auf die Ausrichtung der zukünftigen Arbeit einen Austausch vornehmen und einen entsprechenden 1. Konzeptionsentwurf erarbeiten.

In Abstimmung mit der Arbeiterwohlfahrt, dem Kinderschutzbund und den beteiligten Schulen will die Verwaltung zum Ende des Schuljahres 2010/11 eine überarbeitete Konzeption in die politischen Gremien einbringen.

Aus diesem Grund wird die Weiterführung der Leistungsvereinbarung seitens der Verwaltung zunächst befristet bis zum 30.06.2011 vorgeschlagen. Dadurch kann mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 eine dann an den Ergebnissen der jetzt vereinbarten Abstimmungsgespräche orientierte Vereinbarung vorgeschlagen werden.

Die kurzzeitige Fortführung bzw. Verlängerung der bisherigen Vereinbarung ist daher als Übergangslösung anzusehen.

Ein Mitwirkungsverbot gem. § 26 NGO besteht für:

Ratsfrau Regina Meinen

Auswirkungen auf den Demografieprozess:**Bildung:**

Als offenes und niedrigschwelliges Beratungsangebot zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Grundschulleitern zielen die Angebote der Elterncafès auf die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder sowie deren Bildungs- und Ausbildungschancen.